



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Demokratische Debatte stärken – Klare Kante gegen Rechts zeigen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass der Rechtsextremismus weiterhin die größte extremistische Bedrohung ist und es besondere Sorge macht, dass Angriffe auf Geflüchtete wieder stark zugenommen haben. Es ist abscheulich, Menschen anzugreifen, die bei uns Schutz vor Krieg und Terror suchen.

Der Landtag appelliert an alle Demokratinnen und Demokraten, gegen rechtsextreme Tendenzen, die Verbreitung von Fake News und Hetze zusammenzustehen, sich klar abzugrenzen und Positionen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit klar zu widersprechen. Ansichten gegen die offene Gesellschaft und die liberale Demokratie dürfen nicht salonfähig gemacht werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rechtsextremismus zu stärken, stets klar Position gegen rechtspopulistische Falschbehauptungen zu beziehen und grundsätzlich im politischen Diskurs eine angemessene Tonlage anzuschlagen.

Begründung:

Am 20.6.2023 hat die Bundesministerin des Inneren und für Heimat Nancy Faeser den Verfassungsschutzbericht 2022 vorgestellt.

Die Erkenntnisse sind besorgniserregend:

Für das Jahr 2022 wurden insgesamt 35 452 Straftaten mit extremistischem Hintergrund ausgewiesen (2021: 33 476) – ein trauriger Höchststand. Davon waren 2 847 (2021: 2 994) Gewalttaten. Im Rechtsextremismus ist das Personenpotenzial weiter angewachsen und liegt bei 38 800 (2021: 33 900). Auch der Anteil der gewaltbereiten Rechtsextremisten ist abermals auf nunmehr 14 000 (2021: 13 500) gestiegen. Wurden Anfang 2022 noch die Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen von Rechtsextremisten instrumentalisiert, waren im Herbst und Winter die Folgen des russischen Überfalls auf die Ukraine, wie hohe Inflation und eine drohende Energiekrise, Themenschwerpunkte ihrer Agitation. Nachdem dies in der breiten Bevölkerung nicht verding, wurde das Thema Migration wieder verstärkt von Rechtsextremisten aufgegriffen.

Ein weiterer Aspekt stellt das sogenannte Hate Speech dar. Ein Großteil des Hasses im Netz ist auf Motive gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zurückzuführen. Dieser liefert die Begleitmusik, aber auch die Rechtfertigung und Motivation rechtsextremer (Gewalt)taten. Die Aktionstage gegen Hate Speech der Justiz scheinen hierbei wenig Wirkung zu entfalten.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz schätzt, dass 10 200 Mitglieder der AfD und ihrer Parteijugend „Junge Alternative“ rechtsextremen Strömungen zuzurechnen sind. Insgesamt sieht der Verfassungsschutz in der AfD „hinreichend große Bestrebungen, die sich gegen die freiheitliche Grundordnung richten“.

Der Presse war zu entnehmen, dass am 15.06.2023 auf Einladung von AfD-Politikern Rechtsextremisten im Landtag gefeiert haben sollen, die dabei sogar einen Journalisten bedrängten. Dieser Vorfall reiht sich ein in eine Reihe von Ereignissen und der allgemeinen Veränderungen durch die AfD im Landtag. Dies reicht von unseres Erachtens diskriminierenden Anfragen über gegen Minderheiten gerichtete Redebeiträge in Landtagsdebatten bis hin zu einer Verächtlichmachung des Parlamentarismus, beispielsweise durch den Vorschlag eines Rechtsextremen als Sachverständigen. Angesichts der hohen Umfragewerte der AfD, die jetzt sogar einen Kanzlerkandidaten aufstellen will, beobachtet der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz Thomas Haldenwang den Zuspruch für die Partei mit Sorge und hält es für eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sich dem entgegenzustellen.

All dies zeigt: die Bedrohung unserer Gesellschaft durch Rechtsextremismus nimmt zu. Demokratinnen und Demokraten müssen sich ihr entgegenstellen. Die Geschichte lehrt uns, dass diese Bedrohung ernst zu nehmen ist.

Vor diesem Hintergrund sind die Auftritte von Mitgliedern der Staatsregierung bei einer Demonstration in Erding brandgefährlich. Ministerpräsident Dr. Markus Söder sprach wider besseres Wissen von einer „zwanghaften Veganisierung Deutschlands“ und Staatsminister Hubert Aiwanger redete davon, dass man sich die Demokratie „zurückholen“ müsse. Ebenso sind die unseres Erachtens ausländerfeindliche Aussagen von Claudia Pechstein beim CDU-Grundsatzkonvent, die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Yvonne Magwas (CDU) als „pauschal und populistisch“ verurteilte, unseres Erachtens falsch. Statt Anbiederung an Rechtspopulisten oder Nationalradikale braucht es eine klare Abgrenzung, ein Benennen von verbreiteten Fake News als Lügen und eine angemessene Tonlage.

Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Daniel Günther, hat dies erkannt:

„Kurs der Mitte, sprachlich sauber bleiben, keine Debatten über das Gendern und andere Nebensächlichkeiten führen – den Leuten halt keinen Scheiß erzählen.“

Wenig hilfreich ist es dagegen, wenn bayerische Politikerinnen und Politiker sich den Rechts-außen-Politiker Ron DeSantis (Gouverneur von Florida) zum Vorbild nehmen. Damit werden radikale Positionen nur weiter salonfähig gemacht. Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer spricht von Normalisierungsverschiebungen im öffentlichen Sprachgebrauch, die Grenze des Sagbaren werde verschoben.

Es ist Aufgabe der Politik, die Schwächeren zu schützen. Demokratinnen und Demokraten müssen gemeinsam die liberale Gesellschaft verteidigen.